

Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei Planungs- und Bauvorhaben



UNICEF Schweiz und Liechtenstein hat in Zusammenarbeit mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) eine Umfrage zum Stand der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen bei Planungs- und Bauvorhaben in der Schweiz und in Liechtenstein durchgeführt. Von Sommer bis Herbst 2025 wurden alle Gemeinden in der Schweiz und in Liechtenstein sowie alle Kantone der Schweiz mittels eines Online-Fragebogens zu ihren Erfahrungen mit der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen, zu Erfolgsfaktoren und zu Hemmnissen befragt. Zudem fanden im Winter 2025/2026 qualitative Interviews mit Vertreter:innen von zehn Gemeinden aus der Schweiz und aus Liechtenstein statt.

Ziel der Untersuchung war es, herauszufinden, welche Faktoren die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen bei Planungs- und Bauvorhaben begünstigen bzw. behindern und welche Voraussetzungen nötig sind, damit Partizipation dauerhaft gelingt. Aus den Ergebnissen wurden die unten stehenden Empfehlungen für Gemeinden und Kantone abgeleitet.

Der ausführliche Studienbericht enthält detaillierte Informationen zur Datenerhebung sowie zu den Ergebnissen. Er bietet darüber hinaus eine vertiefte Diskussion und Einordnung der gewonnenen Erkenntnisse.

Hier geht es zum
ausführlichen Studienbericht



unicef.ch/de/handbuch-ppb

Empfehlungen für eine nachhaltige Kinder- und Jugendpartizipation

1. Kinder- und Jugendpartizipation politisch legitimieren und Verbindlichkeit sichern

In vielen Gemeinden ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen projektbezogen und stark vom Engagement einzelner Personen oder von günstigen Gelegenheiten abhängig. Ohne politischen Auftrag fehlt jedoch die notwendige Verbindlichkeit, die für die Entwicklung einer positiven Haltung gegenüber der Partizipation erforderlich ist.

Empfehlung:

Kinder- und Jugendpartizipation sollte als Bestandteil einer lokalen Entwicklungsstrategie anerkannt und in Legislaturzielen, Leitbildern oder Reglementen verankert werden. Politische Entscheidungsträger:innen schaffen damit Orientierung, Prioritätensetzung und Planungssicherheit. Gleichzeitig ist transparent zu klären und zu kommunizieren, in welchen Bereichen Mitwirkung möglich ist und wo politische Entscheidungsspielräume begrenzt sind.

2. Partizipation administrativ absichern und von Personenabhängigkeit lösen

Nachhaltige Partizipation entsteht nicht automatisch. Sie ist in vielen Gemeinden stark personenabhängig. Besonders kleinere und ressourcenschwache Gemeinden stehen vor der Herausforderung, Beteiligung trotz begrenzter administrativer Kapazitäten personunabhängig und damit dauerhaft zu sichern.

Empfehlung:

Zuständigkeiten, Koordinationsaufgaben und Prozessstandards sind organisatorisch festzulegen. Gemeinden sollten klare Ansprechstellen definieren und Wissen dokumentieren, damit Partizipation nicht vom Engagement Einzelner abhängt. Interkommunale Zusammenarbeit und kantonale Unterstützung können dabei eine wichtige Rolle spielen.

3. Beteiligung als kontinuierlichen Lern- und Entwicklungsprozess verstehen

Partizipation ist kein einmaliges Ereignis, sondern ein Prozess, der Kompetenzen aufbaut – bei Kindern und Jugendlichen ebenso wie in Verwaltung und Politik. Lernprozesse entstehen durch Wiederholung, Reflexion und institutionelle Weiterentwicklung.

Empfehlung:

Beteiligungsverfahren sollten systematisch ausgewertet, dokumentiert und weiterentwickelt werden. Erfahrungen aus einzelnen Projekten sind in zukünftige Planungen zu integrieren. Eine lernorientierte Praxis stärkt sowohl demokratische Kompetenzen junger Menschen als auch die Qualität kommunaler Entscheidungsprozesse.

4. Formelle und alltagsbezogene Partizipation besser verknüpfen

In vielen Gemeinden bestehen zwei weitgehend getrennte Systeme der Beteiligung: einerseits formelle Mitwirkungsverfahren bei Planungs- und Bauvorhaben, andererseits alltagsbezogene Partizipationsformen in Schule, Kinder- und Jugendarbeit oder Quartierarbeit.

Empfehlung:

Gemeinden sollten Schnittstellen zwischen Planung, Bildung, Kinder-, Jugend- und Quartierarbeit bewusst gestalten. Kooperation erhöht Reichweite, Qualität und Anschlussfähigkeit von Beteiligungsprozessen und verhindert, dass Partizipation fragmentiert bleibt.

5. Kinder und Jugendliche frühzeitig und über alle Projektphasen hinweg beteiligen

Kinder und Jugendliche werden häufig in frühen Projektphasen konsultiert, jedoch seltener in Entscheidungs- oder Umsetzungsprozesse einbezogen. Fehlende Rückmeldungen können Frustration erzeugen und Vertrauen untergraben.

Empfehlung:

Mitwirkung ist über den gesamten Projektzyklus hinweg zu planen – von der Ideenentwicklung über die Entscheidungsfindung bis zur Umsetzung und Evaluation. Ziele, Spielräume und Grenzen der Mitwirkung sind zu Beginn klar zu kommunizieren. Ergebnisse und politische Abwägungen sollten nachvollziehbar rückgemeldet werden.

6. Interdisziplinäre Zusammenarbeit systematisch fördern

Kinder- und Jugendpartizipation betrifft mehrere Bereiche innerhalb von Verwaltung und Politik: Planung, Soziales, Bildung. Unterschiedliche Zuständigkeiten und Fachlogiken können eine kohärente Umsetzung erschweren, wenn die Zusammenarbeit fehlt.

Empfehlung:

Ressortübergreifende Austausch- und Koordinationsformate sind institutionell zu etablieren. Gemeinsame Verantwortung reduziert Doppelspurigkeiten, erleichtert Wissenstransfer und stärkt die Qualität der Verfahren.



7. Soziale Zugänglichkeit und Diversität aktiv berücksichtigen

Kinder und Jugendliche sind keine homogene Gruppe. Beteiligungsformate erreichen häufig eher gut eingebundene und ressourcenstarke Gruppen. Ohne gezielte Strategien besteht die Gefahr, soziale Ungleichheiten zu reproduzieren.

Empfehlung:

Beteiligungsangebote sind alters-, lebenswelt- und diversitätssensibel zu gestalten. Spezifische Zugänge für vulnerable oder weniger sichtbare Gruppen sind aktiv zu entwickeln. Kooperationen mit Schule, Kinder- und Jugendarbeit und sozialen Einrichtungen können dabei helfen, die Reichweite und Repräsentativität zu erhöhen.

8. Ressourcen realistisch einplanen und Qualität sichern

Qualitativ hochwertige Partizipation benötigt Zeit, Fachwissen und finanzielle Mittel.

Empfehlung:

Personelle und finanzielle Ressourcen sind frühzeitig zu berücksichtigen. Wo interne Kompetenzen fehlen, sollte externe fachliche Unterstützung beigezogen werden. Eine bewusste Ressourcenplanung trägt zur Professionalisierung und Verlässlichkeit von Beteiligungsprozessen bei.

9. Stärkung von Unterstützungs- und Austauschplattformen durch Kantone

Viele Gemeinden verfügen über begrenzte Erfahrungen oder Kapazitäten im Bereich Kinder- und Jugendpartizipation. Hier kommt der kantonalen Ebene eine wichtige Rolle zu.

Empfehlung:

Kantonale Stellen sollten den interkommunalen Erfahrungsaustausch fördern und Orientierungshilfen sowie Weiterbildungsangebote bereitstellen. Sie tragen zur Qualitätsentwicklung bei und unterstützen Gemeinden, ohne deren Autonomie zu ersetzen.

Handlungsempfehlungen für Akteur:innen

1. Kommunale Legislative

Die Legislative setzt den Rahmen: legitimiert, priorisiert und sichert Ressourcen.

Konkret bedeutet das:

- Kinder- und Jugendpartizipation in Legislaturzielen oder strategischen Programmen verankern.
- Finanzielle und personelle Mittel verbindlich bereitstellen.
- Verwaltung beauftragen, ressortübergreifende Koordination sicherzustellen.
- Politische Spielräume und Grenzen von Mitwirkung transparent definieren und zielgruppengerecht kommunizieren.

2. Kommunale Exekutive

Die Verwaltungsleitung ist entscheidend für die institutionelle Absicherung: Sie schafft Strukturen und sichert Koordination.

Konkret bedeutet das:

- Kinder- und Jugendpartizipation als Querschnittsthema anerkennen.
- Klare politische Zuständigkeit definieren (z.B. Ressort oder Departement).
- Klare administrative Zuständigkeiten und Prozessstandards definieren.
- Sicherstellen, dass bei relevanten Projekten eine systematische Beteiligungsprüfung erfolgt.
- Sicherstellen, dass Beteiligung bei relevanten Vorhaben frühzeitig geprüft wird und ein wesentliches Kriterium in Ausschreibungen für Wettbewerbsverfahren ist.
- Ressortübergreifende Austauschgefässe etablieren und projektspezifische Zusammenarbeit sicherstellen.
- Wissen dokumentieren und institutionell sichern (nicht personenabhängig).
- Systematische Reflexion und Evaluation von Beteiligungsprozessen institutionell verankern.

3. Verwaltungsstellen für Planung und Bau

Fachstellen oder Abteilungen für Planung und Bau tragen besondere Verantwortung, da sie formelle Mitwirkungsverfahren steuern.

Konkret bedeutet das:

- Frühzeitig prüfen, ob Kinder und Jugendliche von Projekten betroffen sind.
- Beteiligung über mehrere Projektphasen hinweg einplanen – nicht nur konsultativ zu Beginn.
- Transparenz über Entscheidungsräume und -grenzen herstellen.
- Rückmeldeschlaufen verbindlich einplanen.
- Abgeschlossene Partizipationsprozesse und ihre Ergebnisse für Bewusstseinsbildung in Bevölkerung und lokaler Politik nutzen.
- Mit Schulen, Jugendarbeit und anderen Akteur:innen mit direktem oder indirektem Kontakt zu Kindern und Jugendlichen kooperieren, um formelle Planungsverfahren bewusst mit alltagsbezogenen Partizipationsstrukturen zu verknüpfen und um geeignete Zugänge zu schaffen.

4. Fachstellen Soziales/Gesellschaft/Partizipation

Fachstellen Soziales / Gesellschaft / Partizipation sind häufig die Schnittstelle zwischen formeller und informeller Partizipation. Sie bauen Brücken und begleiten Partizipation oder führen diese durch.

Konkret bedeutet das:

- Als Koordinationsstelle zwischen Verwaltung, Politik und alltagsnahen Institutionen fungieren. Dadurch ergeben sich Möglichkeiten zur Nutzung von Synergien.
- Bestehende Beteiligungsstrukturen (z.B. Jugendräte, Projektgruppen) vernetzen.
- Partizipationskompetenz in der Verwaltung stärken (Beratung, Methodensupport).
- Diversität und soziale Zugänglichkeit aktiv berücksichtigen.
- Evaluation und Lernprozesse moderieren.

5. Schulen

Schulen erreichen nahezu alle Kinder und Jugendlichen, sie sind ein zentraler Lernort politischer Partizipation. Sie fördern demokratische Kompetenzen und öffnen institutionelle Zugänge.

Konkret bedeutet das:

- Beteiligung als Teil schulischer Kultur verstehen (z.B. Klassenräte, Schüler:innenvertretungen).
- Schüler:innen über Entscheidungsprozesse und politische Strukturen informieren.
- Kooperation mit Gemeindeprojekten ermöglichen und zeitliche Ressourcen bereitstellen.
- Beteiligungsanlässe pädagogisch vor- und nachbereiten.
- Rückmeldungen aus kommunalen Prozessen in schulische Reflexion einbinden.

6. Offene Kinder- und Jugendarbeit

Kinder- und Jugendarbeit erweitert Reichweite und soziale Vielfalt von Partizipation, indem sie niederschwellige Beteiligung ermöglicht und vielfältige Stimmen einbringt.

Konkret bedeutet das:

- Lebensweltliche Themen von Kindern und Jugendlichen aufnehmen und sichtbar machen.
- Junge Menschen bei der Artikulation ihrer Anliegen unterstützen.
- Marginalisierte oder vulnerable Gruppen gezielt ansprechen.
- Brückenfunktion zu formellen Planungs- und Entscheidungsprozessen übernehmen.
- Erwartungen von Kindern und Jugendlichen realistisch einordnen und Entscheidungsprozesse verständlich vermitteln.
- Beteiligungsprojekte kontinuierlich begleiten und Vertrauensbeziehungen sichern.
- Interessen von Kindern und Jugendlichen in Planungsprozessen vertreten.

7. Kantonale Ebene

Kantone steuern nicht direkt, sondern ermöglichen, koordinieren, unterstützen und setzen Rahmenbedingungen, damit Gemeinden bedeutungsvolle Partizipation umsetzen können.

Konkret bedeutet das:

- Gemeinden unterstützen, ohne deren politische Entscheidungsautonomie einzuengen.
- Interkommunalen Erfahrungsaustausch fördern.
- Leitlinien und Orientierungshilfen bereitstellen.
- Good Practice sichtbar machen.
- Gemeinden gezielt beraten bzw. finanzielle Mittel bereitstellen für den Einbezug externer Fachstellen.
- Weiterbildungsangebote im Bereich Kinder- und Jugendpartizipation bereitstellen.



Impressum

Herausgeberin

UNICEF Schweiz und Liechtenstein
Pfungstweidstrasse 10, 8005 Zürich
kfl@unicef.ch, unicef.ch

Autorinnen

Anke Kaschlik, Zürcher Hochschule
für Angewandte Wissenschaften (ZHAW)
Nadine Junghanns und Mona Meienberg,
UNICEF Schweiz und Liechtenstein

Gestaltung und Layout

Resort GmbH, Zürich

Illustrationen

Martine Mambourg, illustriert.ch, Zürich

Übersetzung der deutschen Originalversion ins Französische und Italienische

Translingua AG, Zürich

Lektorat

Marianne Sievert (DE), Sophie Egli (FR) und Vera Pagnoni (IT)

1. Auflage, April 2026

© 2026 UNICEF Schweiz und Liechtenstein

UNICEF Schweiz und Liechtenstein
Pfingstweidstrasse 10, CH-8005 Zürich
Tel: +41 (0)44 317 22 66
kfl@unicef.ch | unicef.ch

unicef 
für jedes Kind